



Der Klimawandel als Nagelprobe der Diplomatie

Patricia Espinosa

Unser Bemühen um das Verstehen und Lösen von Herausforderungen der nationalen Sicherheit entspringt zu weiten Teilen einem berechtigten Gefühl des Argwohns und des mangelnden Vertrauens. Die Fähigkeit, Risiken und Bedrohungen – ob menschlichen oder natürlichen Ursprungs – zu erkennen und Maßnahmen zu ihrer Abwendung zu ergreifen, ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt eines stabilen und sicheren Umfelds.

Die nationale Sicherheit hängt aber auch von verlässlichen, für alle Seiten vorteilhaften Beziehungen zu anderen Akteuren – Verbündeten, Partnern und Sympathisanten – ab, die letztlich auf Vertrauen basieren. Wie es bei vielen Aspekten internationaler Beziehungen der Fall ist, spiegeln diese beiden gegensätzlichen inneren Einstellungen – Vertrauen und Misstrauen – auf der Ebene der Nationalstaaten lediglich wider, was für jede Form von sozialer Interaktion – ob menschliche oder Finanzbeziehung, ob im Interesse der persönlichen oder der nationalen Sicherheit – gilt.

Wie die Geschichte zeigt, ist es vorteilhafter, Vertrauen zu schaffen, als sich mit dem Misstrauen zu arrangieren. Die Vorteile der Kooperation überwiegen in aller Regel jene der Konfrontation, vorausgesetzt, die Beteiligten respektieren einander und vertreten keine grundsätzlich unvereinbaren Ziele. Diese Voraussetzung ist wichtig, wenn sich Kooperation auszahlen soll, und das ist auch der Grund, warum Vertrauen in der globalisierten Welt von heute einen so hohen Stellenwert hat. Auf vielen globalen Problemfeldern ist die Kooperation heute die einzige Erfolg versprechende Option.

Das gilt besonders für den Klimawandel. Der Klimawandel ist kein in sich abgeschlossenes Phänomen, das sich isoliert behandeln lässt. Er stellt vielmehr eine kolossale Herausforderung dar, die sich auf viele Aspekte unseres Lebens auswirkt und sich nur mithilfe radikaler Veränderungen in der Art und Weise, wie wir leben, meistern lässt. Ihre Lösung erfordert resolute und entschlossenes Handeln, zu dem alle ihren Beitrag leisten müssen – jedes Land, jede Region und letztlich jeder Einzelne von uns.

Wie unabdingbar Vertrauen für die globalen Bemühungen zur Bewältigung des Klimawandels ist, wurde

am Ende von COP15 in Kopenhagen deutlich. Das Ergebnis dieses Treffens zeigte, dass jeder Lösungsansatz, mag er auch von den besten Absichten getragen sein, letztlich unweigerlich den eigenen Zielen zuwiderläuft, solange er nicht die Sichtweisen sämtlicher Länder – unabhängig vom Beitrag, den jedes von ihnen leisten kann oder nach Ansicht der übrigen Länder leisten sollte – berücksichtigt. Die internationale Ordnung gründet in der Vorstellung, dass jeder Nationalstaat in seiner Eigenschaft als Mitglied der Staatengemeinschaft dieselben Rechte und Privilegien besitzt wie alle anderen. Die Missachtung dieses Grundprinzips wird von den betroffenen Ländern – berechtigter- oder unberechtigterweise – als Unfairness und als grobe Ungleichbehandlung empfunden.

Der Klimawandel ist kein in sich abgeschlossenes Phänomen, das sich isoliert behandeln lässt.

Viele Teilnehmer der Kopenhagener Klimakonferenz insbesondere aus den Entwicklungsländern hatten nicht den Eindruck, dass hier ein umfassender und offener Beratungsprozess im Gang war. Ihnen schien es vielmehr, als würde von ihnen lediglich erwartet, einer Reihe von Resolutionen ihre Zustimmung zu geben, die ohne Rücksicht auf ihre Meinung und erst recht ohne Würdigung ihres Beitrags vorbereitet worden waren. Die Folge davon war, dass viele wertvolle und vernünftige Vorschläge, die in guter Absicht vorbereitet, aber vielleicht nicht in der bestmöglichen Form präsentiert und beworben worden waren, auf Ablehnung stießen und die Verhandlungen ins Stocken gerieten. Erst in mühsamer und beharrlicher Kleinarbeit gelang es im Verlauf der anschließenden zwölf Monate, das Vertrauen der Verhandlungspartner, Beobachter und Stakeholder zurückzugewinnen. Dazu war es nötig, dass jede Stimme gehört wurde, die Beratungsgespräche in einer offenen und inklusiven Atmosphäre stattfanden und die bekundete Absicht mit dem tatsächlichen Verhalten in Einklang stand.

Die Lehre von Kopenhagen fand ihren Niederschlag in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Das Bekenntnis zu Inklusivität, Offenheit und Transparenz muss in jeder Sitzung und in jedem Austausch zum Ausdruck kommen. Das gilt auch für die Bemühungen um einen Erfolg von COP26. Hier werden gegenwärtig viele komplexe Themen ver-

handelt. Es kostet viel Mühe, die unterschiedlichen Positionen zu versöhnen und zu einem gemeinsamen Verständnis zu gelangen. Die Erfolgchancen hängen in allen Bereichen entscheidend vom wechselseitigen Vertrauen ab, das auf der Erfüllung zuvor gemachter Zusagen beruht. Es bringt nichts, neue Versprechungen zu machen, solange der Eindruck besteht, dass die Zusagen aus der Vergangenheit nicht eingehalten werden.

Vertrauen bildete schon immer die Grundlage jeglicher Diplomatie. Es ist zugleich das Mittel der Wahl, um die nötige Zuversicht zu erzeugen, ohne die eine

Kooperation zwischen internationalen Akteuren mit ihren unterschiedlichen und häufig widersprüchlichen Interessen nicht möglich ist. Unter dem

Genauso wie Diplomatie ohne Vertrauen nicht möglich ist, gibt es kein Vertrauen ohne Diplomatie.

Gesichtspunkt des zwischenstaatlichen Prozesses im Umgang mit dem Klimawandel lässt sich die Verbindung zwischen beiden Konzepten vielleicht so zusammenfassen: Vertrauen ist gleichzeitig Mittel und Zweck von Diplomatie. In internationalen Angelegenheiten gilt: Genauso wie Diplomatie ohne Vertrauen nicht möglich ist, gibt es kein Vertrauen ohne Diplomatie.

Patricia Espinosa ist Leiterin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in Bonn. Zuvor war sie mexikanische Außenministerin und als Botschafterin Mexikos in Deutschland.

